

***Zehn Argumente, warum man
friedlich gegen das G20 Treffen
protestieren sollte***

Vortrag vom 23.06.17 auf der Mobilisierungsveranstaltung im Alhambra

Argument 1: Die Gruppe des G20 ist weder nicht legitimiert Weltpolitik zu betreiben und in ihrer Zusammensetzung sicher nicht repräsentativ für die Bevölkerung, die sie vorgibt zu vertreten!

Der G20 ist informeller Zusammenschluss der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer und der EU. Er wurde nie von der UNO, anderen internationalen Institutionen oder durch eine Befragung der Bevölkerung legitimiert. Wer dazu gehört beschließt er selbst. Die Teilnehmer sind 19 Regierungschefs, Finanzminister und Zentralbankchefs, Präsident des Europäischen Rates, Präsident der Europäischen Zentralbank, Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Vorsitzender des Internationalen Währungs- und Finanzausschusses, Präsident der Weltbank und Vorsitzende des Development Committee der OECD. Nur eine sehr kleine Minderheit der Teilnehmer ist weiblich oder farbige.

Würde man Menschen auf dieser Welt fragen, wer sich Gedanken über die Verbesserung ihres Lebens machen sollte, käme es sicherlich nicht zu einer Zusammensetzung mit über 2/3 Vertretern des Finanzsystems. Minister für Arbeit und Soziales, für Umwelt, für Erziehung und Bildung, für Gesundheit, für Familien usw., Vertreter von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Schulen, Universitäten usw. sind aber nicht Teil des G20. Sicherlich würden sie aber nicht sagen, dass Mehrheit von 2/3 Finanzexperten über ihre Zukunft beraten sollte.

Daraus kann nur gefolgert werden: die G20 Gruppe repräsentiert nicht die Interessen der Menschen dieser Welt!

Welche Länder
und welche
Repräsentanten
treffen sich?

Argument 2:
Die Mehrheit
der Anreisenden
hat politisch
keinerlei
fortschrittlichen
Anspruch, ganz
im Gegenteil!

Land	Potenzieller Vertreter
 Argentinien	Mauricio Macri, Präsident
 Australien	Malcolm Turnbull, Premierminister
 Brasilien	Michel Temer, Präsident
 Volksrepublik China	Xi Jinping, Präsident
 Deutschland	Angela Merkel, Bundeskanzlerin (Gastgebende Nation)
 Frankreich	Emmanuel Macron, Präsident
 Vereinigtes Königreich	Theresa May, Premierministerin
 Indien	Narendra Modi, Premierminister
 Indonesien	Joko Widodo, Präsident
 Italien	Paolo Gentiloni, Premierminister
 Japan	Shinzō Abe, Premierminister
 Kanada	Justin Trudeau, Premierminister
 Südkorea	Moon Jae-in, Präsident
 Mexiko	Enrique Peña Nieto, Präsident
 Russland	Vladimir Putin, Präsident
 Saudi-Arabien	Salman ibn Abd al-Aziz, König
 Südafrika	Jacob Zuma, Präsident
 Türkei	Recep Tayyip Erdoğan, Präsident
 Vereinigte Staaten	Donald Trump, Präsident
 Europäische Union	Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates

Siehe die entsprechenden Texte am Ende der Datei

Wie ist die Klimabilanz dieser Länder?

Rot: Richtung

3-4 Grad

Gelb: über 2 Grad

Grün: erfüllen Pariser Abkommen

Kein Pfeil: keine Bewertung

Argument 3:

10 der 19

Ländern im hochverschmutzenden Bereich und keines im grünen Bereich!



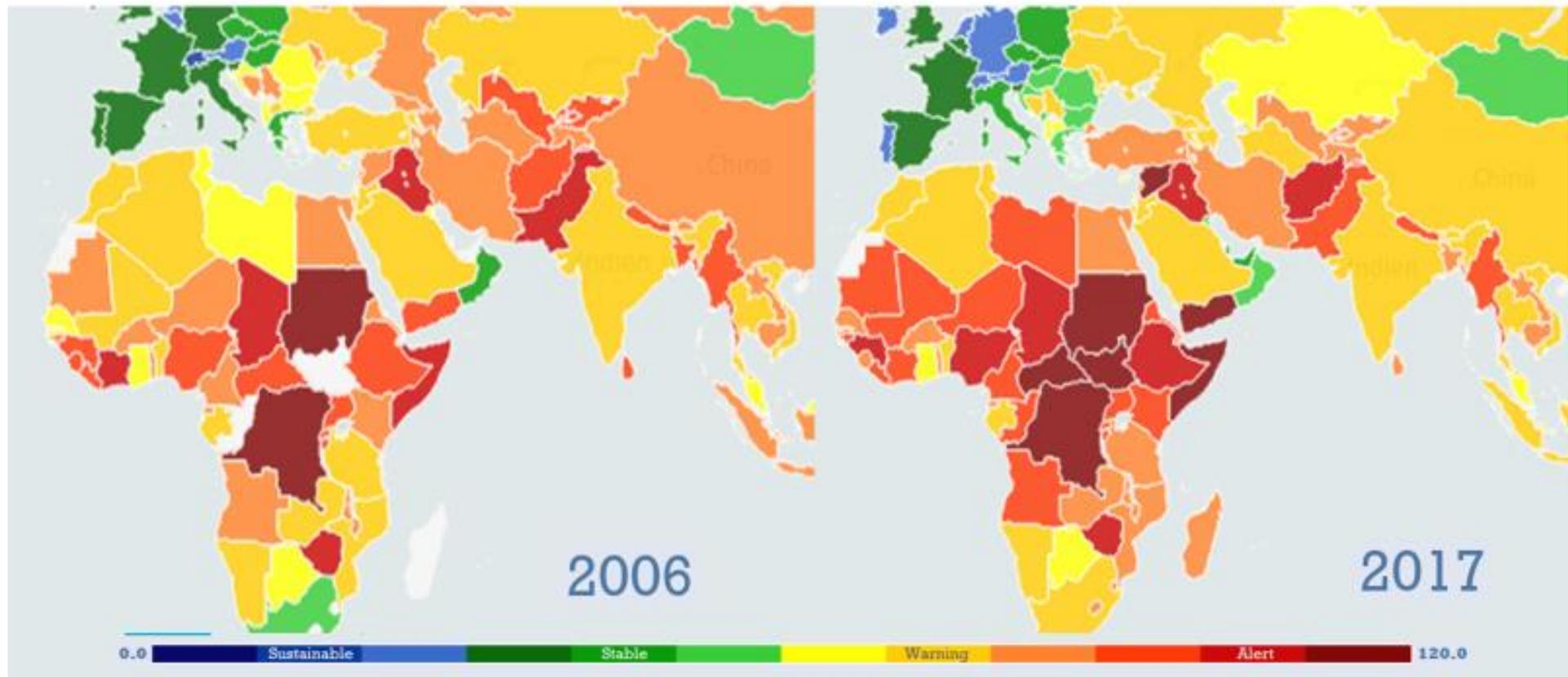
Land	Potenzieller Vertreter
Argentinien	Mauricio Macri, Präsident
Australien	Malcolm Turnbull, Premierminister
Brasilien	Michel Temer, Präsident
Volksrepublik China	Xi Jinping, Präsident
Deutschland	Angela Merkel, Bundeskanzlerin (Gastgebende Nation)
Frankreich	Emmanuel Macron, Präsident
Vereinigtes Königreich	Theresa May, Premierministerin
Indien	Narendra Modi, Premierminister
Indonesien	Joko Widodo, Präsident
Italien	Paolo Gentiloni, Premierminister
Japan	Shinzō Abe, Premierminister
Kanada	Justin Trudeau, Premierminister
Südkorea	Moon Jae-in, Präsident
Mexiko	Enrique Peña Nieto, Präsident
Russland	Vladimir Putin, Präsident
Saudi-Arabien	Salman ibn Abd al-Aziz, König
Südafrika	Jacob Zuma, Präsident
Türkei	Recep Tayyip Erdoğan, Präsident
Vereinigte Staaten	Donald Trump, Präsident
Europäische Union	Jean-Claude Juncker, Präsident der Europäischen Kommission Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates

Alle Daten stammen von der Webseite: <http://climateactiontracker.org> eine wissenschaftliche Gruppe, die u.a. die Umsetzung der Pariser Konferenz zur Reduzierung des CO2 Ausstoßes überwacht. Die Gruppe wird u.a. auch vom deutschen Umweltministerium mit gefördert.

Das Diagramm betrifft nicht den realen Ausstoß der G20 Länder: da liegen sowieso alle Länder im obersten Bereich. Es bezieht vielmehr auf die Vorlage und praktische Politik in Richtung Umsetzung der Pariser Klimabeschlüsse seit 2015, also auf die Anstrengungen, die seitdem unternommen werden, um die zugesagten Ziele politisch umzusetzen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Es geht also um reale Schritte: und da findet sich keines der G20 Länder im grünen Bereich (wobei nicht alle bewertet wurden). Stattdessen bewegen sich die beschlossenen Maßnahmen von 10 der G20 Länder auf einen Temperaturanstieg von 3-4 Grad zu, und 6 von über 2 Grad. Zu dem nicht bewerteten Deutschland siehe ein späteres Argument.

Argument 3: 10 der 19 Ländern bewegen sich im hoch-verschmutzenden Bereich der Luftverschmutzung und keines im grünen Bereich. Die Vertreter der G20 Ländern sind folglich kein Teil der Lösung der drohenden Klimakatastrophe, sondern entgegen allen Verlautbarungen ein Hauptproblem für die Lösung des Klimaproblems!

Argument 4: Zunahme von Flucht und fragiler, gescheiterter Staaten von 6 (2006) auf 13 (2017) - nicht zuletzt wegen militärischer Intervention und Klimaänderung



Die Bilder stammen von der Webseite: <http://fundforpeace.org/fsi/>

Seit 2006 ist es zu einer deutlichen Zunahme fragiler, gescheiterter Staaten von 6 (2006) auf 13 (2017) gekommen - nicht zuletzt wegen militärischer Intervention von Ländern des G20. Z.B. in Libyen, Syrien, Jemen, Irak, Afghanistan und Somalia (bei letzteren drei Ländern schon vor 2006). Die Politik der G20 führte also zum Gegenteil dessen, was behauptet wird: einer friedlicheren und sicheren Welt. Einen anderen Anteil an der Zunahme fragiler und gescheiterter Staaten hat sicherlich die sich verschärfende Klimakatastrophe mit längeren Dürreperioden in Afrika.

Im übrigen zeichnet sich in der Bewertung der Länder auch ein politischer Bias ab: China war sicherlich 2006 nicht auf dem Weg in die Fragilität und die Ukraine wird 2017 mit anhaltendem Bürgerkrieg nur mit einer Warnung ausgezeichnet. Die allgemeine Aussage für Afrika und den Nahen Osten dürfte aber stimmen.

Argument 4: Die Länder des G20 sind nicht Teil der Lösung des Problems gescheiterter Staaten und der Zunahme von Fluchtursachen, sondern Mitverursacher fragiler und gescheiterter Staaten.

Was ist mit dem Schwerpunkt gegen Protektionismus gemeint?

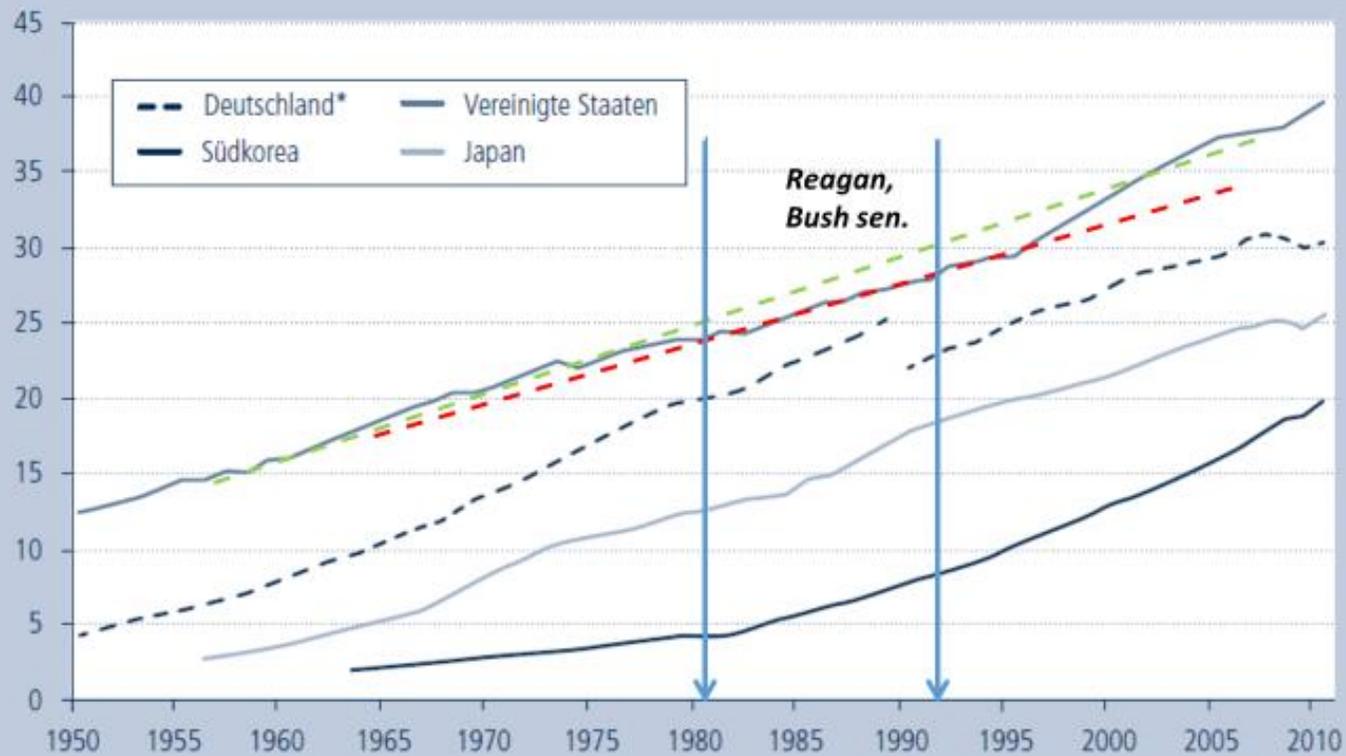
Das wirtschaftspolitische Konzept des Neoliberalismus mit den Kernelementen :

- Senkung der Staatsverschuldung
- Umstrukturierung der Steuern, Abbau des Sozialstaats
- Privatisierung staatlicher Aufgaben
- Deregulierung des Arbeitsmarktes und der Handelsbeschränkungen

Dadurch soll angeblich die Produktivität und in der Folge der Reichtum für alle gesteigert werden, sowie eine Verschuldung der folgenden Generation vermieden und eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden.

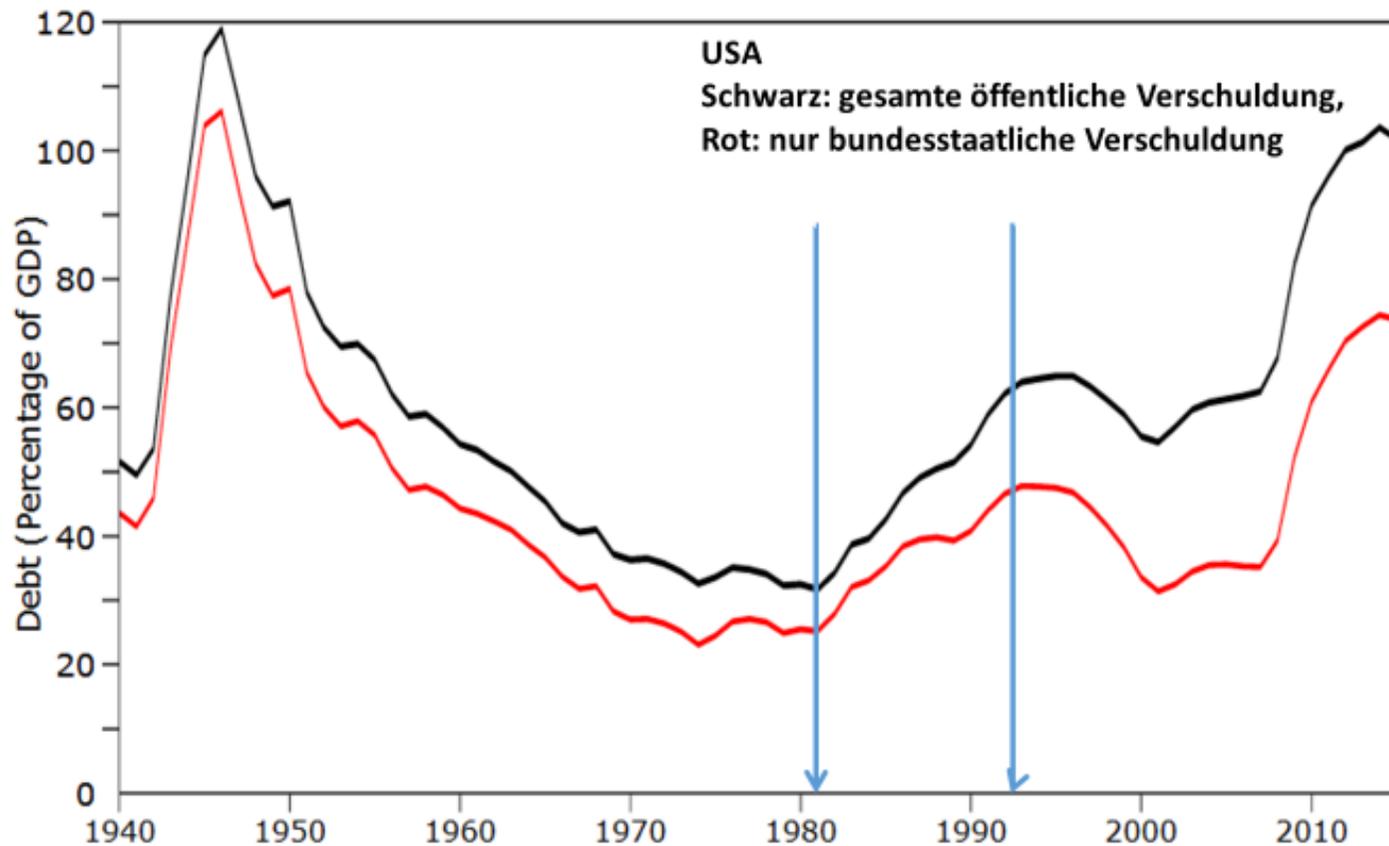
Stimmen diese Argumente überhaupt ?

Entwicklung der realen Stundenproduktivität in internationalen US-\$ von 1990
(Geary Khamis PPP), 1950-2010



* Ab 1990 Gesamtdeutschland, davor BRD.

Die oberste blaue zeigt die reale Produktivität einer Arbeitsstunden seit 1950 in den USA. Diese ist konstant gestiegen, immer weniger Arbeit wurde gebraucht um die gleiche Zahl von Produkten herzustellen. Die rote gestrichelte Linie zeigt die Entwicklung dieser Produktivität während des ersten neoliberalen US Regimes unter Reagan und Bush (senior). Zum Vergleich in grün die Entwicklung in den Jahrzehnten zuvor. Deutlich wird, dass der Neoliberalismus nicht dazu beigetragen hat, die notwendige Arbeitszeit vermehrt zu reduzieren (wie immer unterstellt) – eher umgekehrt.



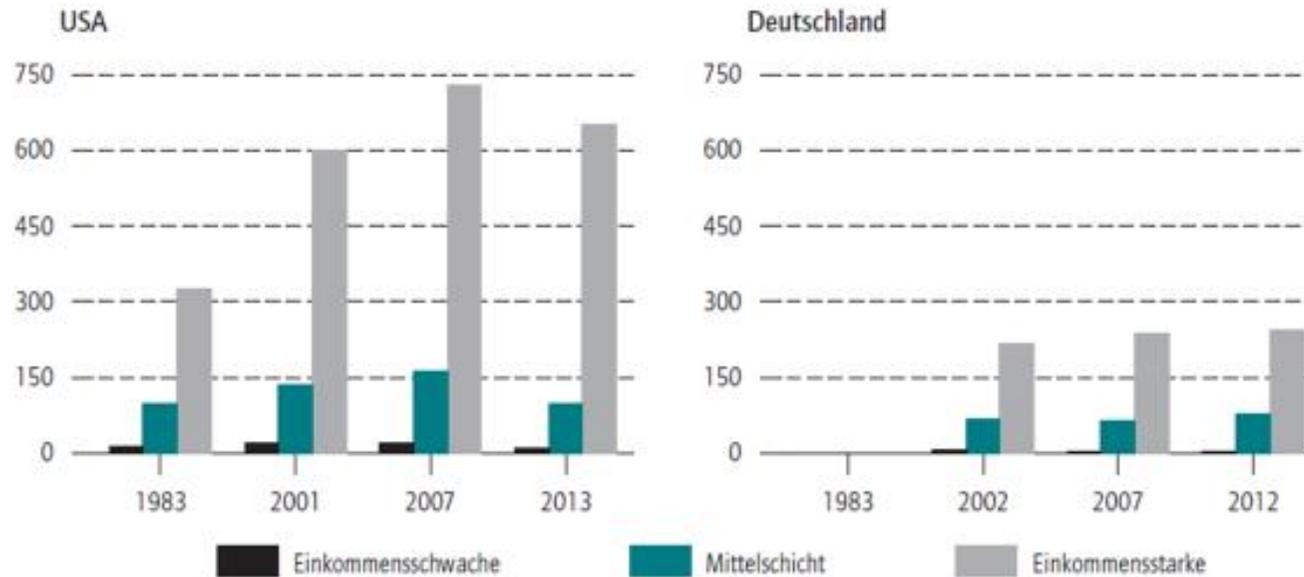
Source: OMB Historical Tables Table 7.1 Federal Debt at the End of Year: 1940-2021

Der Neoliberalismus sorgt angeblich für Nachhaltigkeit und lastet den folgenden Generationen keine Staatsschulden auf. Die rote und schwarze Kurve zeigen die Entwicklung der Staatsverschuldung in den USA. Die beiden blauen Striche bedeuten Anfang und Ende des ersten neoliberalen Regimes von Reagan und Bush (senior). Deutlich wird das Gegenteil von dem, was behauptet wird: die Staatsverschuldung steigt immens. Warum: weil erstens die Steuern für Unternehmen und Reiche gesenkt werden und zweitens die Militärausgaben erhöht. Ähnliche Kurven könnten man auch für Deutschland zeigen, wenn man von dem Spezialfall 2010ff absieht.

Median der Haushaltsnettovermögen nach Einkommensschichten¹

In 1 000 US-Dollar beziehungsweise in 1 000 Euro zu Preisen von 2014

**Mehr Chancengleichheit
durch den Neoliberalismus?**



¹ Schichtung basierend auf Haushaltseinkommen vor Steuern und Sozialabgaben, bedarfsgewichtet mit der Quadratwurzel der Haushaltsgröße, normiert auf einen 3-Personen-Haushalt.

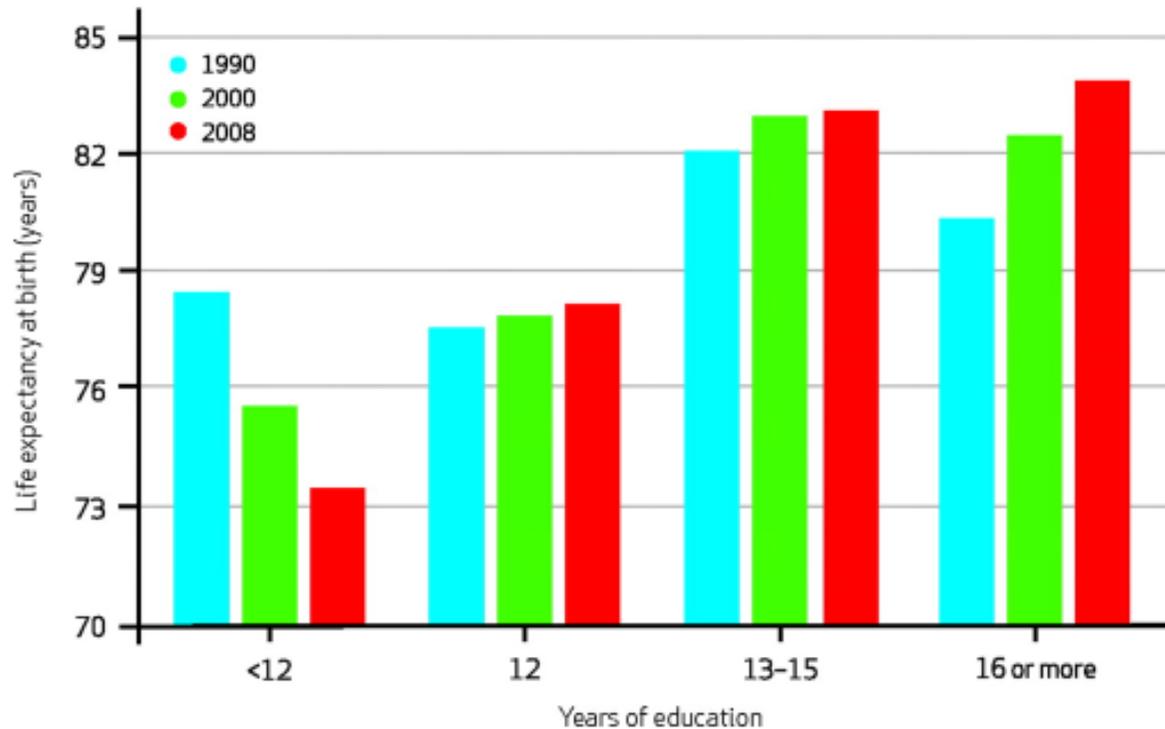
Quellen: PEW(2015); SOEPv31; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2016

Es besteht ein markanter Unterschied zwischen den USA und Deutschland in den Vermögensrelationen von einkommensstarken und mittleren Einkommensgruppen.

Kommt es unter dem neoliberalen System zu einer Verbesserung der Lebenssituation aller (wenn auch vielleicht in unterschiedlicher Geschwindigkeit)? Auch diese Behauptung ist falsch. Die Grafik links oben zeigt die Einkommensentwicklung in den USA, rechts oben in Deutschland. Die Armen gewinnen nichts dazu, die Mittelschicht nur minimal (wenn überhaupt). Aber der Reichtum der Reichen steigt exorbitant.

Life Expectancy At Birth, By Years Of Education At Age 25 For White Females, 1990–2008.



S. Jay Olshansky et al. Health Aff 2012;31:1803-1813

HealthAffairs

©2012 by Project HOPE - The People-to-People Health Foundation, Inc.

Die Vermehrung der Ungerechtigkeit unter dem Neoliberalismus betrifft nicht nur materielle Güter, sie betrifft auch die Lebenserwartung. Das Diagramm zeigt die Lebenserwartung von weißen Frauen in den USA nach den Jahren ihrer Ausbildung (ein ziemlich guter Indikator für Reichtum). Frauen mit geringen Ausbildungsjahren verlieren 5 Jahre an Lebenserwartung, Frauen mit vielen Ausbildungsjahren gewinnen knapp so viele Jahre, die untere Gruppe mit mittellanger Ausbildungszeit stagniert.

Argument 5:

Das ökonomische System, das in Hamburg gegen den Protektionismus verteidigt werden soll, ist nicht besonders produktiv (siehe das Wirtschaftswachstum in den USA weiter oben), es ist ökologisch katastrophal (siehe die Bilanz der G20 Ländern weiter oben) und es führt zu mehr Ungerechtigkeit auf dieser Welt (siehe die Folien zur Reichtums Entwicklung und zur Lebenserwartung in den USA weiter oben!

(was natürlich nicht heißt, dass Protektionismus und Nationalismus sympathischer wären!)

Soll man in Hamburg auch gegen die deutsche Regierung demonstrieren?

Argument 6

- Deutschland hat einen der größten Niedriglohnsektoren in Europa
- Die 40 % mit dem niedrigsten Einkommen haben seit 1990 keinerlei Zuwachs an Kaufkraft - trotz Wirtschaftswachstum
- Die soziale Herkunft spielt in Deutschland eine größere Rolle für die gesellschaftlichen Chancen als in den meisten anderen Ländern.
- In Deutschland entwickelt sich eine massive Altersarmut.

Argument 7: Die EU Intervention in Griechenland

Ziele

Erreichen einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Ökonomie (Zitat Schäuble) durch neoliberale Umstrukturierung.

Mittel

- Unterstellung des Staatshaushaltes unter informelle internationale Kontrolle von EU, IWF, EZB, ergänzt durch ESM, faktisch aber dominant Schäuble
- Senkung der Staatsausgaben, speziell der Renten und Sozialleistungen, Erhöhung der Bevölkerungssteuern bei gleichzeitiger Senkung der Unternehmenssteuern.
- „Liberalisierung“ des Arbeitsmarktes, Schwächung des Arbeitsrechtes und der Gewerkschaften
- Privatisierung der Infrastruktur (Ausnahme Schulen) als Anlagemöglichkeit ausländischer Unternehmen (speziell auch deutscher).

Konsequenzen für die griechische Bevölkerung

- Arbeitslosigkeit 23 %, real 30%, jede/r Zweite unter 25 arbeitslos trotz massiver Emigration
- im öffentlichen Dienst 20 % weniger Angestellte
- Seit 2010 ein Drittel weniger Kaufkraft
- 1 ½ Mio. Griechen mit Einkommen bis 176 €, 6 von 10 Haushalten weniger als 833 €
- 2 von 5 Haushalten kürzen Ausgaben für Ernährung, 2015 Hälfte mit Problemen ausreichend zu heizen
- 2009 – 2015 jährlich im Durchschnitt: Selbstmordrate 7,8 % höher, Geburtenrate 3,9 % gesunken, Kindersterblichkeit insgesamt 26 % höher

Ein Beispiel deutscher „Privatisierungshilfe“ für Griechenland

(Text entnommen der Zeitschrift Publik, hrsg. von Ver.di):

„Fraport betreibt 14 Flughäfen - der Staat haftet

Nehmen wir die bisher größte Privatisierung. Sie trat im April 2017 in Kraft. Der deutsche Flughafenbetreiber Fraport AG erwarb für 40 Jahre, also bis 2057, die Lizenz zum Betrieb von 14 griechischen Regionalflughäfen. Fraport suchte sich aus den zwei Dutzend Flughäfen nur die heraus, die bisher schon Gewinne bringen. Fraport zahlt zwar dem Staat zu Beginn 1,2 Milliarden Euro Lizenzgebühr, jedes Jahr noch 22 Millionen Euro und ein Viertel der jährlichen Gewinne und will investieren.

Doch zugleich wurde der Staat erpresst, um auf vielfältige und versteckte Weise den privaten Betreiber zu subventionieren. Fraport ist von allen Immobiliensteuern befreit, ebenso von allen Kosten der kommunalen Infrastrukturen vor Ort, etwa der Kanalisation und der Beleuchtung. Der Staat muss 40 Jahre lang alle Kosten für die Reparatur oder den Ersatz der technischen Anlagen übernehmen - zum Beispiel bei Kofferbändern, Klimaanlageanlagen und Toiletten. Fraport kann eigene Tochtergesellschaften beauftragen, deren Konditionen festlegen und braucht dazu keine Genehmigung. Fraport kann die Duty Freeshops und alle Geschäfte und Dienstleister in den 14 Flughäfen neu vergeben. Bei erweitertem Flächenbedarf muss der Staat für Enteignungen sorgen. Ein Teil der Kontrollen, die bisher der staatlichen Luftfahrtbehörde unterstehen, wird einem von Fraport bestimmten "unabhängigen Ingenieur" übertragen.

Der Vertrag legt keinen technischen und qualitativen Zustand fest, in dem Fraport nach 40 Jahren die Flughäfen an den griechischen Staat übergeben muss, der Staat hat keine Reklamationsrechte. Und auch das noch: Wenn aufgrund von Gesetzen - auch Arbeitsgesetzen - für Fraport höhere Betriebskosten entstehen, muss der Staat dafür aufkommen. Bei Verletzungen oder tödlichen Arbeitsunfällen - der Staat übernimmt die Folgekosten. Wenn Fraport bisherige Beschäftigte entlässt, muss der Staat sie entschädigen. Wenn durch Streiks Nachteile entstehen, kann Fraport vom Staat Entschädigung verlangen.“

Argument 8: Schäubles G20 "Compact with Africa"

Ziel: Erreichen einer auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Ökonomie in Staaten mit besonderem „Reformwillen“

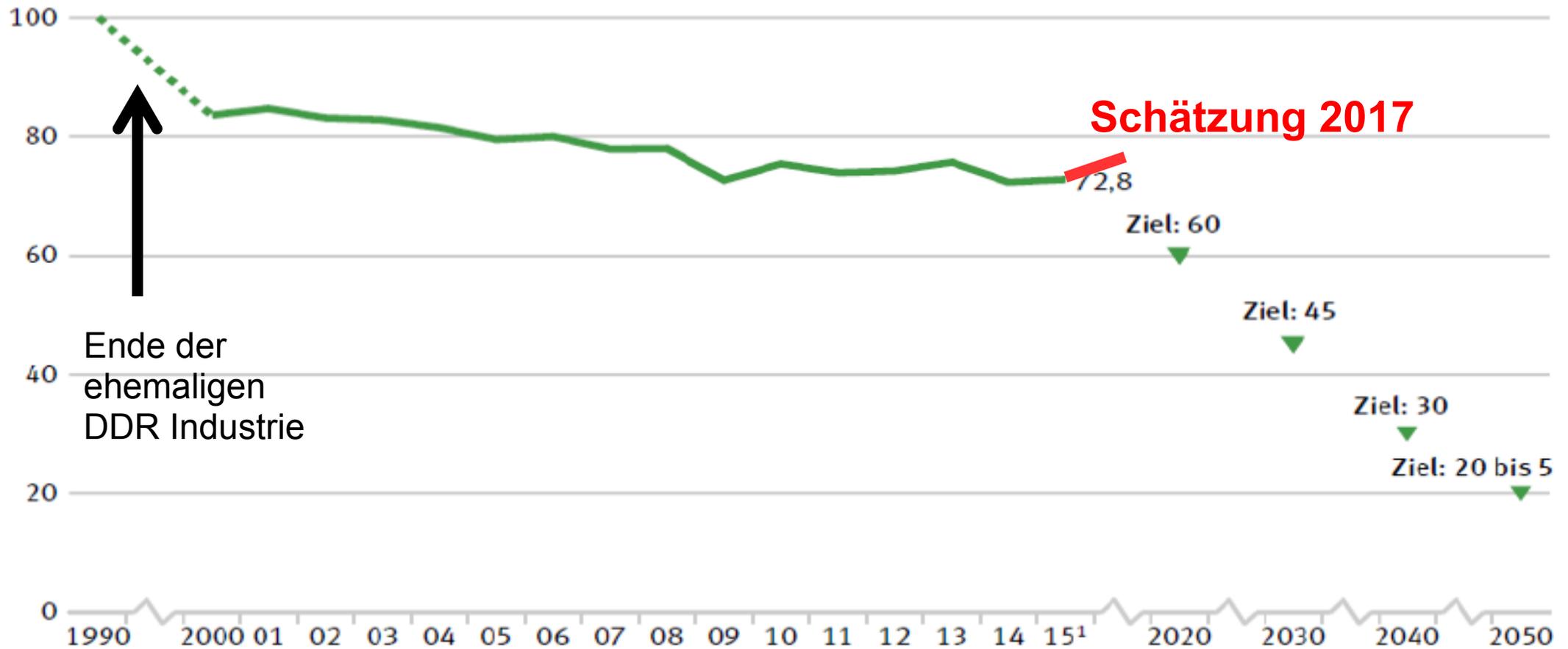
Maßnahmen (für diese „Reformtiger“):

- Unterstellung der staatlichen Haushaltspolitik unter die Beratung durch IWF, Weltbank und die African Development Bank (statt EZB)
- Erhöhung der Steuern der Bevölkerung, Verringerung der Unternehmenssteuern mit Ziel der Reduktion der Staatsverschuldung auf ca. 50 % des BIPs
- Privatisierung der Infrastruktur teilweise abgesichert durch Bürgschaften für u.a. deutsche Investoren
- Deregulierung Arbeitsmarkt und öffentlicher Dienst
- Internationale Schiedsgerichte zur Absicherung privater Investitionen

Gleiches „Angebot“ wie für Griechenland, erneut in einer ziemlich ausweglosen Situation für die Länder, d.h. ohne große Alternative. Es ist abzusehen, dass dieselben Konsequenzen kommen werden wie für die griechische Bevölkerung und dieselben Gewinne wie für Fraport.

Argument 9: Deutsche Klimarhetorik statt -politik

Treibhausgasemissionen in CO₂-Äquivalenten
1990 = 100



Treibhausgase = Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), Schwefelhexafluorid (SF₆), Stickstofftrifluorid (NF₃), teilhalogenierte Fluorkohlenwasserstoffe (H-FKW/HFC) und perfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKW/PFC).
1 vorläufige Zeitnahprognose.

Die deutsche Regierung gibt sich als Vorreiter in der Klimapolitik und als Retter des Weltklimas. Obige Grafik des Umweltbundesamtes zeigt, dass mehr als die Hälfte der reduzierten Treibhausgase nichts mit Anstrengungen in der Klimapolitik zu tun hatte, sondern mit der Abwicklung der früheren DDR Industrie. Seit 2015 steigt der CO₂ in Deutschland wieder an: 2015 um 0.66 %, 2016 schon um 0,7 % und dieses Jahr wird wieder ein Anstieg erwartet. Wäre das Pariser Abkommen und das Kyoto Protokoll ein ernsthaftes Ziel, so müsste der Ausstoß von Treibhausgasen in den nächsten 3 Jahren um ca. 15 % gesenkt werden, fast zu einem ähnlichen Ausmaß wie durch die Schließung der ehemaligen DDR Industrie, aber in einem Drittel der Zeitdauer.

Das Treffen in Hamburg ist das Geld nicht wert,
das für es ausgegeben wird.

Argument 10 (aus dem Oldenburger Aufruf):

*Aber die Zukunft dieser Welt, ihrer Natur
und die Hoffnung darauf, dass es uns einmal gelingen wird
auf ihr friedlich, gleich und ohne Herrschaft leben zu können,
sind es wert, aktiv zu werden – in Oldenburg im Vorfeld
des Gipfels und in Hamburg, während des Gipfels
als friedliche, laute und störende Gegenstimme!*

Also auf nach Hamburg!

Informationen zu einigen weniger bekannten Gipfelteilnehmern

Mauricio Macri: Argentinien

Macri hat Argentinien seit seiner Wahl 2015 neoliberal umgekrempelt: Er gab den Wechselkurs des Pesos frei und beendete die Devisenkontrollen. Der Argentinische Peso verlor daraufhin 40 Prozent seines Wertes.

Er öffnete das Land für den Handel, reduzierte die Exportsteuern auf Agrarprodukte. Trotz weggefallener Zollschränken, dem Werben um Investitionen steckt die Wirtschaft in der Krise mit negativem Wachstum von -2.3 in 2016.

Er löste das Schuldenproblem Argentiniens mit den Hedge-Fonds. Der Internationale Währungsfonds (IWF) lobt den Kurs Macris. Den eindrucklichsten Vertrauensbeweis erhielt er vor kurzem: Mit 117 Mrd. deklarierten Dollar konnte die Regierung ein Rekordergebnis bei der Steueramnestie verkünden – eine der erfolgreichsten Legalisierungen von schwarzen Geldern weltweit. Kein Wunder, dass mehrere Banken, wie UBS, Julius Bär oder BTG Pactual, angekündigt haben, in Buenos Aires Vermögensverwaltungen aufzubauen. Nebenbei bemerkt: Macris und der Name seiner Familie ist mehrfach in den Panama Papern zu finden, d.h. im Zusammenhang mit Geldwäsche.

Die Armutsrate in Argentinien liegt inzwischen bei 30 Prozent, 6 Prozent der 43 Millionen Einwohner leiden Hunger, alleine 2016 verloren mindestens 127.000 Menschen ihre Arbeit. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher sein.

Am 6. April 2017 wurde das öffentliche Leben in Argentinien durch den ersten Generalstreik gegen den wirtschaftsliberalen Kurs stark beeinträchtigt. Rund 800 nationale und internationale Flugverbindungen fielen aus, weite Bereiche der Industrieproduktion, das Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der Bankverkehr wurden lahmgelegt.

Venceremos Kollegen!

PS: Macri und das Pariser Klimaabkommen: „We rate Argentina’s NDC target “inadequate”, based on the unconditional target. The “inadequate” rating indicates that Argentina’s commitment is not in line with interpretations of a “fair” approach in line with holding warming below 2°C, let alone with the Paris Agreement’s stronger 1.5°C limit.” (<http://climateactiontracker.org/countries/argentina.html>)

Michel Temer: Brasilien

Michel Temer übernahm Mai 2016 mit dem Vorwurf der Korruption die Macht von Dilma Rousseff. Inzwischen ist Rousseff von dem Vorwurf freigesprochen, gegen Temer und seine Regierung läuft dagegen das größte Korruptionsverfahren der politischen Vergangenheit Brasiliens.

Nachdem das BIP 2015 um 3,8% gesunken ist, dürfte es 2016 erneut deutlich geschrumpft sein (3,5%). Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in den letzten zwei Jahren deutlich verschlechtert. 2015 lag die Arbeitslosigkeit bei 8,6% und ist mittlerweile bei über 12% (2016). Eine besonders große Herausforderung für das Wirtschaftswachstum stellt die – auch im internationalen Vergleich – sehr niedrige und weiter sinkende Investitionsquote von deutlich unter 20% des BIP dar.

Temer will mit neoliberalen Kurs das Rentensystem retten, den Staatshaushalt sanieren und die Wirtschaft ankurbeln. Die Regierung will Privatisieren, z.B. Genehmigungen zum Betrieb von Flughäfen sowie von Straßen verkaufen. Betriebsgenehmigungen für Öl-, Gas- und Elektrizitätsprojekte sollen vergeben werden und die Privatisierung von sechs Netzverteilern des staatlichen Energiekonzerns Eletrobras ist geplant.

Nebenbei: Temer hatte bereits vor Jahren als Informant für die US-Regierung gearbeitet. Die US-Unternehmen sind an Brasiliens Rohstoffen interessiert – insbesondere an Lithium, welches für die Elektromobilität benötigt wird.

16.03.2017: Ein besetztes Finanzministerium, Demonstrationen im ganzen Land und streikende Lehrer und Busfahrer: In Brasilien haben Zehntausende Menschen gegen eine geplante Rentenreform protestiert. Sie kritisieren höhere Beiträge und weniger Rente.

24.05.2017: Militäreinsatz wegen Proteste gegen eine Arbeitsmarktreform, die eine Ausweitung von Arbeitszeiten, eine Beschneidung der Mitsprache von Gewerkschaften und die Zahlung von Kosten bei Arbeitsprozessen durch die Angestellten vorsieht.

Weiter so Freunde! Lasst euch nicht einschüchtern!

PS: Temer, Brasilien und das Pariser Klimaabkommen: „Recent developments in energy infrastructure planning and increasing deforestation levels, estimated to have added around 130 MtCO₂ to total net emissions in 2016, are evidence of a worsening of Brazil’s national climate policy implementation, going in the opposite direction from what is needed to achieve the Paris Agreement goal. Budget cuts of 50% to the Environment Ministry and other areas raise issues of concern around the Government’s ability to monitor deforestation adequately.”
(<http://climateactiontracker.org/countries/brazil.html>)

König Salman ibn Abd al-Aziz: Saudi-Arabien

Der Islam des Wahhabismus ist in Saudi-Arabien Staatsreligion, es herrscht eine mittelalterliche Auslegung des islamischen Rechts, der Scharia. Das Land verletzt ununterbrochen Menschenrechte, so sind beispielsweise Frauenrechte und die Meinungsfreiheit nicht gegeben und es werden regelmäßig und konstant Strafen wie Amputation, Steinigung, Auspeitschung und die Todesstrafe vollzogen, letztere auch für Homosexualität.

Saudi-Arabien finanziert wie kein anderes Land mit gigantischen Summen die Propagierung seines wahhabitischen Islam. Allein der ehemalige König Fahd brüstete sich damit, weltweit mehr als 1.500 Moscheen, 400 Islamische Zentren und Kollegien sowie 2.000 Koranschulen mit 4.000 Predigern gestiftet zu haben. 75 Milliarden Dollar sollen in seiner Regierungszeit von 1982 bis 2005 in diese ultrafrommen Aktivitäten geflossen sein, die inzwischen rund um den Erdball den ansässigen, toleranten Islam zerstören.

Ende März 2015 begann Saudi-Arabien eine militärische Intervention im Jemen. Für Dezember 2015 bezifferte das amerikanische Wilson-Center in einem Beitrag zum jemenitischen Schlamassel des Königreiches die täglichen(!) Kosten des militärischen Einsatzes der Allianz unter Führung Saudi-Arabiens auf 200 Millionen US-Dollar. Seit Beginn des Machtkampfes im Jemen sind nach UN-Angaben etwa 10.000 Zivilisten getötet worden. Mindestens viermal so viele seien verletzt worden. Zuletzt stoppte die USA eine Rüstungslieferung an die saudi-arabischen Streitkräfte, weil die hohe Zahl der zivilen Opfer durch die Luftangriffe der Koalition im Jemen nicht tragbar sei. Damit ist seit dem Besuch von Trump Schluss. Schon vor den Luftangriffen waren in Jemen fast 16 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Ende des letzten Jahres war diese Zahl auf fast 19 Millionen gestiegen, die Hälfte davon sei in akuter Lebensgefahr. Dies entspricht einem Großteil der ungefähr 27 Millionen Einwohner. Im September 2016 waren aufgrund der Kämpfe über drei Millionen Menschen auf der Flucht.

Angesichts des massiven Wirtschaftsumbaus in Saudi-Arabien sieht Merkel bei ihrem Besuch am 30.4.17 Chancen für die deutsche Wirtschaft. «Saudi-Arabien ist sehr daran interessiert, dass die deutsche Wirtschaft hier auch ihren Beitrag leistet», sagte Merkel. Deshalb seien seitens der deutschen Wirtschaft wichtige Abmachungen mit dem Königreich unterschrieben worden. So soll der Siemens-Konzern einer Absichtserklärung zufolge in Saudi-Arabien beim Vorantreiben des groß angelegten Wirtschaftsprogramms helfen.

Die Vision 2030 sei laut Merkel aber nicht nur ökonomisch ausgerichtet, „sondern bedeutet auch - bei allen Schwierigkeiten - eine gewisse Öffnung der Gesellschaft und hier gerade auch mehr Rechte und Möglichkeiten für Frauen“. Dabei gehe es um einen höheren Anteil von weiblichen Beschäftigten und auch darum, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, sagte Merkel.

Salman ibn Abd al-Aziz, Saudi Arabien und das Pariser Klimaabkommen: Based on this target, we rate Saudi Arabia “inadequate.” This rating means that Saudi Arabia’s commitment is not in line with interpretations of a “fair” approach in line with holding warming below 2°C, let alone with the Paris Agreement’s stronger 1.5°C limit. If most countries followed Saudi Arabia’s approach, global warming would exceed 3–4°C.”

(<http://climateactiontracker.org/countries/saudiarabia.html>)

Malcolm Turnbull Australien

Australien ist nicht nur der weltgrößte Kohle-Exporteur von Kohle, sondern 54 Prozent der nationalen Energie wurde im Jahr 2009 mit Kohle erzeugt. Im Jahr 2001 wurden 258,5 Millionen Tonnen Kohle gefördert und davon 193,6 Millionen Tonnen exportiert, im Jahr 2009 487 Millionen Tonnen Kohle und davon 261 Millionen Tonnen exportiert. Der Ausstoß von Kohlendioxid hat sich in Australien von 1990 bis 2009 um 43,9 Prozent gesteigert. Australien hat je Kopf der Bevölkerung den höchsten Kohlendioxid-Ausstoß der Industrieländer. Die von der Regierung um Julia Gillard ins Leben gerufene Carbon Tax gekippt wurde 2013 wieder gekippt. Damit einhergehend sind die Investitionen in erneuerbare Energien im Vergleich zu 2013 um ca. 70 Prozent zurückgegangen. Auch die aktuelle neue Regierung unter Malcolm Turnbull setzt weiter auf Kohle als Energiequelle und will neue Kohlekraftwerke bauen.

Bereits seit Januar 2014 fängt Australien Flüchtlingsschiffe auf offenem Meer ab und zwingt sie dazu, umzukehren. Jetzt gibt es ein Video in 17 Sprachen, das jede Zielgruppe potentieller Flüchtlinge ansprechen soll – dazu gehören unter anderem Araber, Inder, Menschen aus Somalia oder Vietnam. Der Chef der Operation für sichere Grenzen appelliert darin in eindringlichem Ton an alle, die über den Seeweg nach Australien einreisen wollen. Es wird nicht gelingen:

„Es gibt keine Ausnahmen: Familien mit Kindern, Kinder ohne Begleitung, auch wenn sie gebildet oder begabt sein sollten – es wird keine Ausnahme geben.“

Umgerechnet 16 Millionen Dollar hat die Regierung Australiens für die neue Kampagne ausgegeben und stößt dabei sowohl international, als auch im eigenen Land auf Widerstand. Derartige Summen in eine Angstkampagne zu investieren sei obszön, sagte die migrationspolitischen Sprecherin der australischen Grünen, Sarah Hanson-Young.

Australien fängt viele Flüchtlinge bereits auf dem Meer ab und bringt sie in ein Camp auf die Insel Nauru. Die Flüchtlinge werden dort verprügelt, missbraucht und vergewaltigt. Australiens Regierung unter Malcolm Turnbull bestreitet die Vorwürfe, verteidigt aber ihr hartes Vorgehen, um die eigenen Grenzen zu schützen. Inzwischen wurde sie wegen der Freiheitsberaubung der Flüchtlinge zu einer hohen Entschädigungszahlung verurteilt. Dazu gratulieren wir!

PS: Malcolm Turnbull, Australien und das Pariser Klimaabkommen: “Under present policy settings, Australia’s emissions are set to substantially increase to more than 21% above 2005 levels by 2030, equivalent to an increase of around 52% above 1990 levels. The latest economic and greenhouse gas emissions data analysed by the Climate Action Tracker (CAT) confirms earlier assessments ...that Australia’s current policies will fall well short of meeting its proposed Paris Agreement target of an emissions reduction of (including LULUCF) 26–28% below 2005 levels by 2030.”
(<http://climateactiontracker.org/countries/australia.html>)

Wladimir Putin: Russland

Im russischen Parlament entschieden im Januar 2017 die Abgeordneten mit einer überwältigenden Mehrheit bei einer Enthaltung und einer Nein-Stimme, dem Gesetzesentwurf zu häuslicher Gewalt in einer ersten Lesung zuzustimmen. Strafbar ist häusliche Gewalt nur noch, wenn das Opfer aufgrund der Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden muss, oder es mehrmals pro Jahr zu einem Gewaltexzess kommt. Einmal pro Jahr Frau oder Kind zu schlagen, soll zur Ordnungswidrigkeit herabgesetzt werden, die mit einem Bußgeld zwischen 85 und 470 Euro bestraft wird. Offizielle Zahlen zu den Opfern häuslicher Gewalt werden in Russland nicht erhoben. Schätzungen gehen davon aus, dass alle 40 Minuten in Russland eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt stirbt. Hochgerechnet auf ein Jahr sind das 14.000 Frauen. Die vorgenommene Entkriminalisierung Konsequenz einer Intervention des erzkonservativen Flügels der Partei Putins Einiges Russland, unter Federführung von Jelena Misulina und der russisch-orthodoxen Kirche.

Schlagen von Kindern: Von den insgesamt 47 Europaratsländern haben 27 bisher jede Form körperlicher Strafen für Kinder - sei es in der Schule oder zu Hause - verboten. Frankreich gehört zu den europäischen Staaten, in denen Verfechter des Prügelstrafen Verbots auf besonders heftigen Widerstand stoßen. Ähnlich ist die Lage dem Europarat zufolge in Russland, Großbritannien, Irland und Belgien.

Das vier Jahre vorher unter Putin beschlossene Homosexuellen-Propaganda stellt positive Äußerungen über Homosexualität in Anwesenheit von Minderjährigen oder über Medien wie das Internet unter Strafe. Bei Zuwiderhandlungen drohen hohe Geldbußen. Das Gesetz schließt auch Ausländer mit ein, die nach Russland reisen, um Kundgebungen von Homosexuellen zu unterstützen, konkret also Schwulen- und Lesben-Paraden am Christopher Street Day oder Demonstrationen gegen die tief in der russischen Gesellschaft verankerte Schwulenfeindlichkeit.

PS: Wladimir Putin: Russland und das Pariser Klimaabkommen: „Russia’s INDC emissions reduction target not only lies significantly above the emissions levels projected under current policies but also is one of the weakest put forward by any government. Russia’s emissions targets are, according to our analysis, “inadequate” under all interpretations of a “fair” contribution to global mitigation efforts.”
(<http://climateactiontracker.org/countries/russianfederation.html>)

Macron Frankreich

Macron will Anteile an solchen Firmen verkaufen, an denen der Staat nicht die Mehrheit hält. Er werde Aktien im Wert von insgesamt zehn Milliarden Euro abstoßen, kündigte er an.

Macron will Arbeitgeber zu bestrafen, die zu viele befristete Arbeitsverträge abschließen. Zugleich möchte er es Unternehmen ermöglichen, über Arbeitszeiten, Löhne und die Bezahlung von Überstunden abzustimmen. Für Macron ein Mittel, dass Firmen flexibel und je nach Auftragslage planen können. Zugleich schlug er vor, die Unternehmenssteuer von 33,3 auf 25 Prozent zu senken.

Macron will der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit Vorrang einräumen. Die Arbeitslosenquote solle von derzeit zehn auf sieben Prozent im Jahr 2022 verringert werden. Faktisch will er aber die Zahl der Staatsbediensteten will um 120.000 verringern.

Macron kündigte zudem an, die großen Unterschiede zwischen Pensionen im öffentlichen Dienst und Renten in der Privatwirtschaft anzugleichen. Faktisch will er aber will er die Betriebsrenten von Mitarbeiter von Staatsunternehmen abschaffen.

Macron will die Wehrpflicht wiedereinführen, die militärische Aufrüstung forcieren und Verteidigungsausgaben Frankreichs auf 2 Prozent der Wirtschaftskraft des Landes steigern. Das Militär soll nicht nur für umfassende Kriege im Ausland, sondern auch für massive Einsätze im Inland gerüstet sein. Macron erklärte: „In den internationalen Beziehungen bricht eine neue Epoche an, und Krieg ist wieder ein mögliches Ergebnis der Politik.“ Er forderte für Frankreich unabhängige Kapazitäten, um Militäraktionen „zu planen, zu beschließen und durchzuführen“.

Shinzo Abe, Japan

Abe ist der Ministerpräsident mit der längsten Regierungsdauer in Japan. Es gibt von seiner Seite aus enge Verbindung in rechtsextreme Kreise, die das Japan vor dem 2. Weltkrieg als Idealbild vorfolgen. Die Ehefrau von Abe ist Beirätin eines Kindergartens, in dem rassistische Einteilung der ostasiatischen Nationen gelernt werden, Abe war daran beteiligt, dass der Kindergartenträger das Grundstück für einen Spottpreis vom Staat erwerben konnte.

Abe plant eine Verfassungsreform bis 2020 und hat dafür die 2/3 Mehrheit in dem Parlament. Im Zuge dieser Reform soll das Militär eine deutliche Aufwertung erlangen – bis dato sind Kriege und der Aufbau einer echten Armee in Japan verboten. Trump unterstützt Abe ausdrücklich darin, als Verbündeten gegen Nordkorea und China. Ganz aktuell verabschiedete die Regierung ein Überwachungs- und Bestrafungsgesetz, wenn "Terrorgruppen oder andere organisierte Verbrechergruppen" eine Straftat aus einem Katalog mit 277 Delikten planen oder vorbereiten. Darunter fallen etwa auch Brandstiftung oder Urheberrechtsverletzungen. Obwohl der UNO-Sonderberichterstatler für Datenschutz in einem offenen Brief an Abe vor großen Risiken für die grundlegenden Freiheitsrechte der Bürger gewarnt hatte.

Abe war der erste Ministerpräsident der offenen Währungsmanipulation als Wirtschaftspolitik betrieben hat, um dadurch den Export anzukurbeln. Der Zinssatz bei japanischen Banken ist seit längerer Zeit negativ. Ein Drittel der Beschäftigten in Japan steckt inzwischen in einer atypischen Beschäftigung – ohne Altersvorsorge und Krankenversicherung und mit wenig Hoffnung auf eine Festanstellung. Im Schnitt verdienen sie 40 Prozent weniger als ihre Kollegen in Festanstellung. Eine weitere Folge: Die Pensionskassen machen Verluste, um privat vorzusorgen, fehlt den Japanern das Geld. Junge Menschen sind besonders stark betroffen: Rund 45 Prozent der unter 24-jährigen hängen in einer prekären Beschäftigung fest. Abe will die Arbeitsverhältnisse weiter liberalisieren.

Nicht ganz nebenbei: Die Stromerzeugung in Japan wurde im Jahr 2008 zu 27 % aus Kohle, zu 26 % aus Gas, zu 24 % aus Kernkraft, zu 13 % aus Öl und zu 8 % aus Wasserkraft gewonnen. Seit der Atomreaktorkatastrophe in Fukushima 2011 ist der Anteil aus Öl und Gas deutlich gestiegen und macht inzwischen mindestens 2/3 aus. Momentan sollen die seit 2011 noch ausgeschalteten Atomkraftwerke gerade wieder in Betrieb genommen werden.

Shinzo Abe, Japan und das Pariser Klimaabkommen: "Japan's proposed Kyoto Protocol-like accounting of sinks (land use change and forestry) reduces its effective emissions reduction target by about 3% below 1990 levels, resulting in a target of 15% below 1990, excl. LULUCF. We rate the target "inadequate," meaning that if all countries were to adopt this level of ambition, global warming would likely exceed 3–4°C in the 21st century. This is in stark contrast to Japan's claim that its NDC is in line with a 2°C pathway. (<http://climateactiontracker.org/countries/japan.html>)